

Wirtschaft

ANALYSE

Dicke Rabatte für kleine Autos

VON ANTJE SCHÜDDEMAGE

Die Konjunktur zieht an, die Wirtschaft brummt wieder. Nur am deutschen Automarkt ist der Aufschwung bislang noch nicht angekommen. Im Gegenteil: Die Autobauer haben nach wie vor große Probleme, hierzulande ihre Fahrzeuge unters Volk zu bringen, weshalb sie gezwungen sind, Verbrauchern beim Kauf eines Neuwagens hohe Rabatte einzuräumen. Laut der neusten Preisstudie des CAR-Instituts der Universität Duisburg-Essen gab es im Oktober insgesamt 317 Hersteller-Aktionen, die vor allem im Kleinwagensegment das Geschäft ankurbeln sollen.

So verschleudert etwa Nissan innerhalb seiner City-Cars-Aktion den Micra statt für 12 770 Euro mit einem Abschlag von 4 100 Euro, was einem Preisvorteil von 32,1 Prozent entspricht. Den Citroën C1 gibt es als sofort verfügbares Fahrzeug derzeit schon für 6 990 statt 9 490 Euro, und sogar der vergleichsweise frische Opel Astra ist als Sondermodell inklusive Klimaanlage und CD-Radio 2 900 Euro billiger zu haben.

Ähnlich sieht es mit direkten Preisnachlässen im Internet, das auch für Händler zunehmend die Benchmark setzt, aus. Der Durchschnittsrabatt bei Internet-Neuwagenvermittlern für die 25 zulassungstärksten Modelle betrug im Oktober laut genannter Studie 15,8 Prozent. Gegenüber dem Vormonat ist das eine Steigerung von 0,6 Prozentpunkten – ein Trend, der nach Ansicht der Experten des CAR-Instituts auf das Konto von Volkswagen geht. Europas größter Autobauer hat nämlich Öl ins Feuer der Preis-schlacht gegossen, indem er etwas getan hat, was bislang noch nie nötig war: Seit Oktober bietet VW den Golf bei Internet-Vermittlern mit knapp 18 Prozent Rabatt an. Das spricht für eine ziemlich verzweifelte Lage der Hersteller.

Doch was ist zu tun? Am besten gar nichts, meinen die Experten. Vor allem aber: keine staatlichen Stützungsaktionen. Denn Grund für den schleppenden Absatz auf dem deutschen Automarkt sind die staatlichen Subventionierungen des vergangenen Jahres, Abwrackprämie genannt. Immerhin fünf Milliarden Euro an Steuergeld hat sie den Bund gekostet mit dem Ergebnis, dass viele Verbraucher den anstehenden Austausch ihres alten Wagens vorgezogen haben. Zwei Millionen Fahrzeuge seien dadurch zusätzlich in den Markt gekommen, so Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer, Mitverfasser der CAR-Preisstudie. Dieses große Ungleichgewicht am deutschen Markt, der sowieso schon stark gesättigt ist, schiebt die Autoindustrie nun vor sich her. Normale Verhältnisse seien – bei gleichbleibender Konjunktur – erst wieder im kommenden Jahr zu erwarten.

Rabatte beim Internet-Autokauf

Durchschnittswerte in Prozent, 10/2010

Hyundai i30	23,3
Opel Corsa	22,6
Opel Astra	21,2
Ford Fiesta	19,8
VW Golf	17,7
Audi A3	15,9
Skoda Fabia	15,4
1er BMW	15,2
VW Polo	14,9
Mercedes C-Klasse	10,2

BLZ/HECHER; QUELLE: CAR

Obwohl die Rabattaktionen anderes vermuten lassen, ist das für die Hersteller kein Problem. Denn der deutsche Markt ist für die hiesigen Autobauer relativ unwichtig, sie verdienen sich in China und den USA eine goldene Nase. Das zeigen die Riesengewinne, die Hersteller wie VW, Daimler oder BMW trotz der engen Wettbewerbssituation hierzulande im laufenden Jahr bereits erwirtschaften konnten. Und solange auf 1 000 Chinesen nur 30 Autos kommen, darf sich der deutsche Neuwagenkäufer über hohe Rabatte freuen.



DPA/INGO WAGNER

Ganz großes Schiff und ganz großes Kino

Das größte jemals in Deutschland gebaute Kreuzfahrtschiff hat am Samstagabend die Meyer-Werft im emsländischen Papenburg verlassen. Die „Disney Dream“ ist das erste von zwei Schiffen, die die

Werft für die Reederei Disney Cruise Line mit Sitz in Orlando im US-Bundesstaat Florida baut. 340 Meter liegen zwischen Bug und Heck, womit der Luxus-Liner zu den drei längsten Kreuzfahrtschif-

fen der Welt gehört. 4 000 Passagiere können mit der „Disney Dream“ reisen, und niemand muss auf den Meerblick verzichten: Die Innenkabinen sind mit virtuellen Bullaugen ausgestattet, und hochauflösende Kameras an der Außenseite des Schiffes projizieren Bilder in Echtzeit in den Innenraum. Die Auslieferung des Schwesterschiffes „Disney Fantasy“ ist für Ende 2011 geplant.

Die Dumping-Verträge sind längst entworfen

Freizügigkeit am Arbeitsmarkt: Wenigstens 500 000 Arbeitskräfte sind aus Polen zu erwarten

Bürger aus acht osteuropäischen Ländern können ab Mai nächsten Jahres ohne Einschränkungen in Deutschland arbeiten. Die Berliner Zeitung beschreibt in einer Reihe von Beiträgen Erwartungen, Chancen und Auswirkungen der Freizügigkeit am Arbeitsmarkt. Heute: Wie bei unserem Nachbarn Polen die neuen Möglichkeiten eingeschätzt werden.

♦ ♦ ♦

VON FRANK HEROLD

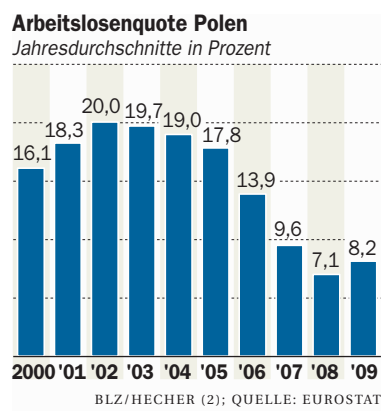
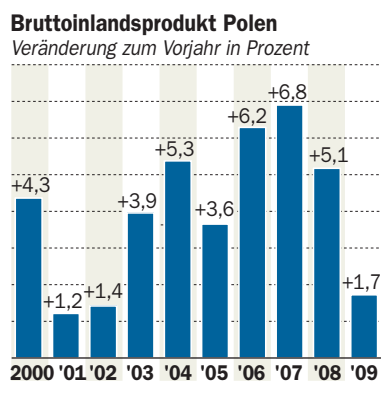
GLIWICE/KRAKOW. An der Bahnhofstraße von Gliwice ist der rasante wirtschaftliche Aufschwung, den die Stadt in den letzten Jahren genommen hat, fast spurlos vorübergegangen. Nicht nur der kalte Herbstregen lässt die Fassaden der einst respektable Bürgerhäuser dunkelgrau und schäbig aussehen. Hier erwartet man nicht viel, die Firmenzentrale eines der erfolgreichsten Unternehmens im oberschlesischen Gleiwitz schon gar nicht.

Jerzy Golbik hat vor vielen Jahren in dieser Nachbarschaft angefangen und ist hier in einer unscheinbaren Büroetage geblieben, obwohl sein Unternehmen heute über ein Dutzend Niederlassungen in Polen, Frankreich und der Schweiz verfügt und mehr als 4 000 Menschen für ihn arbeiten.

Golbik ist Chef von „Personnel International“, einer Zeitarbeitsfirma. Deutschland, sagt er, sei bisher für ihn ziemlich uninteressant gewesen. Dafür sorgten die bislang geltenden Beschränkungen für polnische Arbeitnehmer. Seine deutsche Niederlassung in Düsseldorf hatte daher „eher symbolische Bedeutung“. „Im nächsten Jahr wird sich das definitiv ändern“, versichert Golbik. Wenn am 1. Mai 2011 die Beschränkungen fallen, wird er auf die neue Lage vorbereitet sein.

Fachkräfte werden bleiben

Seine Erfahrungen mit deutschen Firmen hat der Unternehmer in Polen gemacht. „Wir bestreiten die Logistik für praktisch alle deutschen Einzelhandelsketten, die sich in Oberschlesien niedergelassen haben“, erläutert er Jerzy Golbik. Im kommenden Jahr will er auch Arbeitskräfte nach Deutschland vermitteln. „Es wird keine Flut geben“, tritt er Befürchtungen entgegen, die mancherorts in Deutschland offenbar gehegt werden. „Und erst recht wird es



BLZ/HECHER (2); QUELLE: EUROSTAT

kein Schock für Polen wie in den Jahren 2004 und 2005.“

Als Polen damals der EU beitrug, verzichteten Länder wie Großbritannien und Irland – anders als Deutschland oder Österreich – darauf, die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Polen einzuschränken. Die Arbeitslosigkeit lag zu dieser Zeit bei knapp 20 Prozent und die Durchschnittseinkommen um 1 400 Milliarden Euro, das sind 400 Euro monatlich.

Damals suchten Hunderttausende ihr Glück auf den fernen Arbeitsmärkten. „Auch gut qualifizierte Leute waren praktisch bereit, jeden halbwegs akzeptabel bezahlten Job anzunehmen“, erinnert sich Golbik. Ärzte gingen Kellnern, Bauingenieure verdingten sich als Fensterputzer und Maschinenbauer fegten Fabrikhallen.

„Das wird sich nicht wiederholen“, ist Golbik fest überzeugt. „Polen hat sich grundlegend verändert.“ Das frühere Bergbau-Zentrum Gleiwitz ist dafür ein gutes Beispiel. Rund um den polnischen Opel-Standort hat sich viel Industrie angesiedelt, und das sind nicht nur Auto-Zulieferer. Rund 20 000 neue Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Die Durchschnittslöhne haben sich im gleichen Zeitraum verdreifacht. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei nur vier Prozent, in ganz Oberschlesien kaum über sieben Prozent. „Das ist ein ganz anderes Klima. Heute müssen wir Fachkräfte für die Region anwerben“,

sagt Golbik. Ingenieure, Informatiker, aber auch Krankenschwestern – das was der deutsche Arbeitsmarkt künftig tatsächlich brauche, werde mit einiger Sicherheit nicht in großer Zahl aus Polen kommen, ist der Unternehmer überzeugt.

Dem kann Tomasz Major nur zustimmen: „Wer einen guten Job in Polen hat, der bleibt.“ Der junge

Krakauer Rechtsanwalt, der in Frankfurt an der Oder studiert hat, führt den polnischen Unternehmerverband für grenzüberschreitend tätige Zeitarbeitsfirmen IPP. „Die Deutschen erwarten, so scheint mir, dass junge, qualifizierte, gut Deutsch sprechende Polen auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen“, sagt er. „Doch so wird es nicht kommen.“

Die Warschauer Zeitung Gazeta Wyborcza hat im September Experten befragt. Die rechnen zwar damit, dass nach dem 1. Mai bis zu einer halben Million Polen in Deutschland arbeiten wollen. Allerdings wird es sich dabei überwiegend um schlecht ausgebildete Arbeitskräfte handeln. Die gut qualifizierten Leute seien bereits in Deutschland: Handwerker haben Ein-Mann-Firmen gegründet, deren Niederlassung nach EU-Recht längst möglich ist. Und große Unternehmen können für Spitzenkräfte, an denen ihnen gelegen ist, auch heute schon – mit einigen bürokratischen Umständen zwar – eine Arbeitslaubnis erwirken. „Nach dem 1. Mai werden diejenigen in

Deutschland ihr Glück versuchen wollen, die es auf dem polnischen Arbeitsmarkt ihre Schwierigkeiten haben.“ Vor allem unmittelbar an der deutschen Grenze steigt die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung derzeit wieder an. Es gibt nur 150 Euro Arbeitslosengeld und auch das nur für sechs Monate beziehungsweise ein Jahr. Wer davon betroffen ist, der wird es in Deutschland versuchen. „Aber auch wer in Polen für umgerechnet 1,20 Euro oder wenig mehr arbeitet, wird es lohnend finden, sich für drei Euro anzubieten“, ist Major überzeugt.

Mindestlohn nötig

In letzter Zeit hätten deutsche Zeitarbeitsfirmen mit Blick auf den Markt, die nicht mehr nach den bisher geltenden Regeln spielen.“ Das sei nicht im Interesse der Mitglieder seines Verbandes, die sich über Jahre ihr Geschäft aufgebaut hätten. „Die einzige Lösung, die ich sehe, mag sich aus dem Munde eines Unternehmer-Verbandschefs kurios anhören“, weiß Major. „Doch ich bin überzeugt: Wenn der Zeitarbeitsmarkt nicht von Firmen kaputt gemacht werden soll, die sich gegenseitig überbieten, dann braucht Deutschland Mindestlöhne.“ Und zwar nicht als Einzellösungen, sondern Flächen-decken wie in Großbritannien, „nein wie fast überall in Europa“.

Doch das sei keine deutsch-polnische Diskussion, meint Mayor. Das sei ein rein innerdeutsches Problem. „Es geht um die Zukunft der Arbeit in ihrem Land. Sieben Jahre hat Deutschland durch die Beschränkung der Freizügigkeit die wichtigen Diskussionen umgangen. Jetzt muss sich die Politik stellen.“

Freizügigkeit am Arbeitsmarkt: Der Auftakt dieser Serie ist am 26.10.2010 auf Seite 9 erschienen.

MÄRKTE

WOCHENBILANZ

Dax	Dow Jones
-0,07%	-0,13%
6 601,37	11118,49
Euro	Zinsen
-0,55%	+2,25%
1,3857	2,27
Referenzkurs	Umlaufrendite
Oil (Brent)	Gold
+0,73%	+1,83%
82,63	1 346,75
\$/Barrel	\$/Unze

Wert	VERÄND.	ZUM
MDax	9 301,26	-4,67
TecDax	825,09	+15,15
Nikkei-225	9 202,45	-225,26
Hang Seng Index	23 096,32	-421,22
Nasdaq Composite	2 507,41	+28,02
Standard & Poor's	1 183,26	+0,18
CAC 40	3 833,50	-35,04
FTSE-100	5 675,16	-66,21
Euro Stoxx 50	2 844,99	-28,75
1 Euro (in Schweizer Franken)	1,3708	+0,0175
1 Euro (in Pfund)	0,8686	-0,0187
1 Euro (in Yen)	111,87	-1,31
Rex	126,801	-0,3857
US-Zinsen 10J.	2,63	+0,04

QUELLE: BLOOMBERG

Anzeige

Altpapierentsorgung
www.bartscherer-recycling.de



Mehr Schutz für Anleger

Koalition will nachbessern

BERLIN. Das von der Bundesregierung ab März 2011 geplante Anlegerschutzgesetz soll insbesondere bei den Regelungen für offene Immobilienfonds nachgebessert werden. „Wir werden die offenen Immobilienfonds auf sichere Beine stellen“, sagte CDU-Finanzexperte Leo Dautenberg der Zeitung Euro am Sonntag. Er könne sich vorstellen, Privatanzlegern mehr Entscheidungsfreiheit zu lassen, jedoch institutionelle Anleger an die kurze Leine zu nehmen. Diese hätten schließlich die offenen Immobilienfonds in die Schieflage gebracht.

Auch FDP-Finanzexperte Frank Schäffler sieht dem Blatt zufolge Handlungsbedarf. Es müsse geprüft werden, ob die für die offenen Immobilienfonds geplanten Verfahren zur Schließung und Abwicklung praktikabel seien. (dapd)

TELEFON TARIFE

UHRZEIT	PREIS/min	VORWAHL	ANBIETER
Ortsgespräche			
0-7 Uhr	1,34 Cent	01097	01097
7-10 Uhr	0,94 Cent	01038	01038
10-14 Uhr	1,75 Cent	01097	01097
14-17 Uhr	1,29 Cent	01038	01038
17-19 Uhr	1,75 Cent	01097	01097
19-24 Uhr	1,42 Cent	01097	01097
Ferngespräche innerhalb Deutschlands			
0-9 Uhr	1,20 Cent	01054	01054
9-12 Uhr	0,88 Cent	01038	01038
12-18 Uhr	1,30 Cent	01029	01029
18-19 Uhr	0,57 Cent	01038	01038
19-24 Uhr	1,25 Cent	01029	01029

Inlandsgespräche vom Festnetz zum Handy			
T-Mobile, Vodafone, E-Plus, O2			
0-24 Uhr	6,39 Cent	01097	01097
	7,40 Cent	01077	01077

Auslandsgespräche ins Festnetz			
Polen	1,13 Cent	01045	01045
Spanien	1,20 Cent	01027	01027
Türkei	2,10 Cent	01077	01077
USA	0,66 Cent	01045	01045

Werktagtarife, Stand: 31. Oktober 2010. Nur Anbieter mit Tarifansage (ohne Anmeldung). Die angegebenen Tarife für Ortsgespräche gelten für Berlin. Achtung: Die Anbieter wechseln ihre Tarife zum Teil sehr kurzfristig. Dies ist ein Internet-Service von „berlinonline.de“ und „billiger-telefonieren.de“. Alle Angaben sind ohne Gewähr!